

Pflanzliste:

| Gehölzpflanzungen | Solitärpflanzungen |
|--|---|
| Feldahorn (<i>Acer campestre</i>) | Stiel-Eiche (<i>Quercus robur</i>) |
| Spitzahorn (<i>Acer platanoides</i>) | Trauben-Eiche (<i>Quercus petraea</i>) |
| Kirsche (<i>Prunus avium</i>) | Bergahorn (<i>Acer pseudoplatanus</i>) |
| Wilde Birne (<i>Pyrus pyrastrer</i>) | Sommer-Linde (<i>Tilia platyphyllos</i>) |
| Hainbuche (<i>Carpinus betulus</i>) | Hainbuche (<i>Carpinus betulus</i>) |
| Hasel (<i>Corylus avellana</i>) | Kirsche (<i>Prunus avium</i>) |
| Mehlbeere (<i>Sorbus aria</i>) | zudem: regionaltypische Hochstamm-Obstbäume |
| Elsbeere (<i>Sorbus torminalis</i>) | |
| Roter Hartriegel (<i>Cornus sanguinea</i>) | |
| Weißdorn (<i>Crataegus laevigata</i>) | |
| Pfaffenhütchen (<i>Euonymus europaeus</i>) | |
| Liguster (<i>Ligustrum vulgare</i>) | |
| Kreuzdorn (<i>Rhamnus cathartica</i>) | |
| Waldheckenkirsche (<i>Lonicera periclymenum</i>) | |
| Rote Heckenkirsche (<i>Lonicera xylosteum</i>) | |
| Schwarzer Holunder (<i>Sambucus nigra</i>) | |
| Hundsrose (<i>Rosa canina</i>) | |
| Ackerrose (<i>Rosa arvensis</i>) | |
| Weinrose (<i>Rosa rubiginosa</i>) | |
| Himbeere (<i>Rubus idaeus</i>) | |

| BEBAUUNGSPLAN (SATZUNG) | | | |
|---------------------------------|--------------|----------------|-------------|
| BEZEICHNUNG DES BEBAUUNGSPLANES | | "LETTKAUL" | |
| GEMEINDE | WALLERFANGEN | GEMEINDEBEZIRK | ST. BAUBÜRO |

Der Gemeinderat der Gemeinde Wallerfangen hat auf 3.94 die Aufstellung des Bebauungsplanes "Lettkaul" gemäß § 2 Abs. 1 Baufl. hochschreiben.
Der Beschluss dieses Bebauungsplan aufzustellen wurde am 1.6.94 ordentlich bekanntgegeben.
Die frühzeitige Beteiligung der Bürger an diesem Bebauungsplan gemäß § 3 Abs. 1 Baufl. erfolgte am 10.7.94 bzw. in der Zeit von _____ bis _____.
Die Ausarbeitung des Bebauungsplans erfolgte auf Antrag der Gemeinde Wallerfangen durch den Landrat - Kreisplanungsstelle - Saarland.

Festsetzungen gem. § 9 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

1. Art und Maß der baulichen Nutzung
Es gilt die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Neufassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466)
 - 1.1 Baugebiet Nr. 1 Reines Wohngebiet § 3 BauNVO
 - 1.2 zulässige Anlagen siehe § 3 Abs. 2 BauNVO
 - 1.3 ausnahmsweise zulässige Anlagen siehe § 3 Abs. 3 BauNVO
 - 1.1.1 Baugebiet Nr. 2 Allgemeines Wohngebiet § 4 BauNVO
 - 1.2.1 zulässige Anlagen siehe § 4 Abs. 2 BauNVO
 - 1.3.1 ausnahmsweise zulässige Anlagen keine
- 1.4 Zahl der Vollgeschosse $Z = 1$ als Höchstgrenze
- 1.5 Grundflächenzahl $GfZ = 0,1$
- 1.6 Geschosflächenzahl $GfZ = 12$
- 1.7 Bauausweisung entfällt
- 1.8 Grundflächen der baulichen Anlage entfällt
- 2.1 Bauweise offen, Einzel- u. Doppelhäuser
- 2.2 überbaubare Grundstücksflächen siehe Zeichnung
- 2.3 nicht überbaubare Grundstücksflächen siehe Zeichnung
- 2.4 Stellung der baulichen Anlagen innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche
- 3.1 Mindestgröße der Baugrundstücke entfällt
- 3.2 Mindestbreite der Baugrundstücke entfällt
- 3.3 Mindesttiefe der Baugrundstücke entfällt
- 3.4 Höchstzahl von Wohngrundstücken aus Gründen des sparsamen und schonenden Umgangs mit Grund und Boden
- 4.1 Flächen für Nebenanlagen, die aufgrund anderer Vorschriften für die Nutzung von Grundstücken erforderlich sind. Nebenanlagen sind grundsätzlich nur innerhalb der zulässigen überbaubaren Grundstücksflächen zulässig
- 4.2 Spiel-, Freizeit- und Erholungsflächen siehe Zeichnung, best. Kinderspielfeld
- 4.3 Flächen für Stellplätze und Garagen mit ihren Einfahrten innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen
- 5.1 Flächen für den Gemarkungsbedarf sowie für Sport- und Spielanlagen entfällt
- 6.1 Aus besonderen städtebaulichen Gründen die höchst zulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden entfällt
- 7.1 Flächen, auf denen ganz oder teilweise nur Wohngebäude, die mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert werden könnten, errichtet werden dürfen entfällt
- 8.1 Einzelne Flächen, auf denen ganz oder teilweise nur Wohngebäude errichtet werden dürfen, die für Personengruppen mit besonderem Wohnbedarf bestimmt sind entfällt
- 9.1 Der besondere Nutzungszweck von Flächen, der durch besondere städtebauliche Gründe erforderlich ist entfällt
- 10.1 die Flächen die von der Bebauung freizubehalten sind und ihre Nutzung siehe Zeichnung
- 11.1 die Verkehrsflächen öffentliche Grundflächen und private Grünflächen
- 12.1 die Versorgungsflächen siehe Zeichnung
- 13.1 die Führung von Versorgungsanlagen und -leitungen entfällt
- 14.1 die Flächen für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Anlagen 20 m Freizeitung
- 15.1 die öffentlichen und privaten Grünflächen wie Parkanlagen, Dauergrünanlagen, Sport-, Spiel-, und Badepark, Friedhöfe die in dem Gebiet anfallenden Abwässer sind im Trennsystem zu erfassen und abzuleiten
- 16.1 die Wasserflächen sowie die Flächen für die Wasserwirtschaft siehe Zeichnung, best. Kinderspielfeld
- 17.1 die Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschichten entfällt
- 18.1 a) Flächen für die Landwirtschaft entfällt
- 19.1 b) Feld entfällt
- 19.1 die Flächen für die Errichtung von Anlagen für die Kleintierhaltung wie Ausstellung und Zuchtanlagen, Zwinger, Koppeln und dgl. entfällt
- 20.1 Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft sowie solche Festsetzungen nicht nach anderen Vorschriften getroffen werden können sowie die Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft
- 21.1 die mit Bahn-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenverbandes zu belastenden Flächen
- 22.1 die Flächen für Gewerkschaftsanlagen für bestimmte Bereiche wie Kinderspielflächen, Freizeit-erichtungen und Stellplätze siehe Zeichnung, best. Kinderspielfeld
- 23.1 Gebiete in denen aus besonderen städtebaulichen Gründen oder zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes bestimmte luftverunreinigende Stoffe nicht oder nur beschränkt verwendet werden dürfen entfällt
- 24.1 die von der Bebauung freizuhaltenden Schutzflächen und ihre Nutzung, die Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes sowie die zum Schutz vor solchen Einwirkungen oder zur Vermeidung oder Minderung solcher Einwirkungen zu treffenden baulichen und sonstigen technischen Vorkehrungen siehe Zeichnung, Erddeamm mit intensiver Begrünung
- 25.1 für einzelne Flächen oder für ein Bebauungsplangebiet oder Teile davon sowie für Teile baulicher Anlagen mit Ausnahme der für landwirtschaftlichen Nutzungen oder für freizeitliche Flächen
 - a) das Pflanzens von Bäumen und Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
 - b) Bindung für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern
- 26.1 die Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen und Stützwände, soweit sie zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlich sind nach örtlicher separater Höhenanweisung
- 27.1 die Anlage der baulichen Anlage (Hd von 10 Straßenbreiten, Mitte Haus bis 100 Erdgesch. Fußboden)

Aufnahme von Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen aufgrund des § 9 Abs. 4 des Baugesetzbuches (BauGB), sowie in Verbindung mit § 93 Abs. 5 der Landesbauordnung (LBO) 1996.

1. Dachform

Zulässig sind nur Sattel- und Walmdächer

2. Dachneigung

Zulässig 20° bis 40°

3. Kniestock

Ein Kniestock ist bis maximal 1,00 m Höhe zulässig

4. Dacheindeckung

Ton- und Zementziegel oder Schiefer

5. Gestaltung der Einfriedigung

a) Entlang der Straßengrenze
Zwischen Straßenbegrenzungslinie und vorderer Gebäudefucht sind nur lebende Einfriedigungen als geschnittene Heckenpflanzungen bis 0,80 m zulässig.

b) An den übrigen Grenzen

Die Einfriedigung der übrigen Grundstücksgrenzen hat mit freiwachsenden oder geschnittenen Hecken mit integriertem Maschendrahtzaun (tote Einfriedigung) max. 1,50 m Höhe zu erfolgen.

6. Grünordnerische Gestaltung der Baugrundstücke

Nicht überbaubare Grundstücksflächen wie Vor- und Hausgärten sind mit Ausnahme von Stellplätzen entsprechend § 11 der LBO 1996 als Grünflächen zu gestalten. Je 200 m² Grundstücksfläche ist ein hochstämmiger Laubbaum in dreimal verpflanzter Qualität oder ein Hochstamm-Obstbaum und je 50 m² Grundstücksfläche ein mittelhoher Strauch anzupflanzen (Pflanzensorte gemäß Pflanzliste).

Aufnahme von Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmäler aufgrund des § 9 Abs. 6 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Dez. 1986 (Bundesgesetzblatt I, S. 2253) sowie in Verbindung mit § 93 Abs. 5 der Landesbauordnung (LBO) 1996

entfällt

Kennzeichnung von Flächen gemäß § 9 Abs. 5 Baugesetzbuch (BauGB)

- | | | |
|----|---|----------|
| 1. | Flächen bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen oder bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgefahr erforderlich sind. | entfällt |
| 2. | Flächen, unter denen der Bergbau liegt oder die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind | entfällt |
| 3. | Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind | entfällt |



Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes gemäß § 9 Abs. 7 Baugesetzbuch (BauGB)

PLANZEICHENVERORDNUNG
GEMÄSS DER PLANZEICHENVERORDNUNG 1990
(PLANZV90) VOM 18. DEZEMBER 1990
(BGBl. 1991 I.S. 5 F)

1.
Art der baulichen Nutzung
(§ 5 Abs. 2 Nr. 1, § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB,
§§ 1 bis 11 der BauNVO)



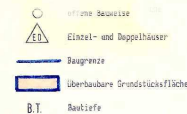
Reines Wohngebiet

Allgemeines Wohngebiet

2.
Maß der baulichen Nutzung
(§ 5 Abs. 2 Nr. 1, § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
§ 16 BauWO)

- | | |
|-----|--|
| GRZ | Grundflächenzahl |
| GFZ | Geschoßflächenzahl |
| ZI | Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze |

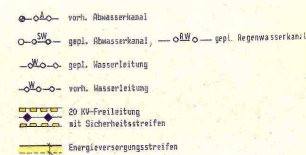
3.
Bauweise, Baulinie, Baugrenzen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauWO)



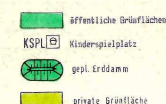
4.
Verkehrsflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)



5.
Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen
(§ 5 Abs. 2 Nr. 4 und Abs. 4, § 9 Abs. 1 Nr. 13
und Abs. 6 BauGB)



6.
Grünflächen
(§ 5 Abs. 2 Nr. 5 und Abs. 4,
§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)



Der Nachweis der Flurstücke
im Geltungsbereich des
Bebauungsplanes stimmt mit den
Angaben des Liegenschaftskataster
überein.

Saarlouis, den 10. Oktober 1997
Katasteramt Saarlouis

Im Auftrag:

Signal

(Thorne)
Vermont, U.S.A.

| | |
|----|---|
| | Hinweise zur Planung, die |
| 1. | Mit Schreiben vom 31.10.1981 wurde der Planungsbereich mit Munition Das Innenministerium bietet kostenlosen Such- und Räumungen der bekannten Vorzugsgebiete. Eine Oberkante ist nicht festgelegt. Es wird daher empfohlen, die Such- und Räumungen zu achten und dies mitzuteilen. |
| 3. | Die Deutsche Telekom hat die Fernmeldeanlagen seitens 6 Monate vor Baubeginn Postanschrift: Carl-Zeiss-Straße 1, 85399 Freising, Tel. 089/369-12345. |

Für die Verfahrensdurchführung
Gesetze und Verordnungen

- das Baugesetzbuch (BauGB) in der
Fassung vom 08.
(BGBl. S. 2253), zuletzt geändert
des Gesetzes 1997 vom 20.12.1997

- das Maßnahmengesetz zum Umgang mit Maßnahmen(Ö), Artikel des Gesetzes zur Wahrung des Wohnungsbau im Planung sowie zur Änderung mietrechtlicher (Wohnungsbauförderungsgesetz) der Fassung der Novelle vom 28. April 1990 (BGBl. I S. 672), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Erleichterung der Ausweisung und der Abweisung und Wohnbauindex (Investitionsförderungs- Wohnungsbaugesetz) vom 28. April 1990 (BGBl. I S. 672), zuletzt geändert durch das sechsten Gesetz zur Änderung des Wohnungsbau und anderer Gesetze vom 28. April 1990 (BGBl. I S. 672), zuletzt geändert durch das Baurechtsänderungsgesetz (Bauordnungsgesetz) vom 28. April 1990 (BGBl. I S. 672), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Erleichterung von Investitionsausweisung und Berechnung vom 28. April 1990 (BGBl. I S. 672).

- die Anlage zur Verordnung über die Baueinplanung und Darstellung der Baueinplanung (Baueinplanungsgesetz) vom 28. April 1990 (BGBl. I S. 672).

- die Baurechnung (LBO) für das
März 1996 (Ausblatt des Saarl.
477)

| |
|------|
| OSR |
| Gem |
| Bau |
| M... |
| Gaz |
| Ben |
| Gep |
| ... |

...tlichen Anlagen aufgrund des § 93 Abs. 5 der Landes-

sind nur lebende Einfriedigun-

nachenden oder geschlittenen
) max. 1,50 m Höhe zu erfol-

rien sind mit Ausnahme von
zu gestalten. Je 200 m² Grund-
anzter Qualität oder ein Hoch-
edhoher Strauch anzupflanzen

ur- und Naturdenkmal aufgrund des § 9 Abs.
von 4. Dez. 1986 (Bundesgesetzblatt) I, S.
01 1536

entfällt
entfällt
entfällt

§ 9 Abs. 7 Baugesetzbuch (BauGB)

Der Nachweis der Flurstücke
im Geltungsbereich des
Bebauungsplanes stimmt mit den
Angaben des Liegenschaftskataster

Saarlouis, den 10. Oktober 1997
Katasteramt Saarlouis
Im Auftrag:

Seal

(Thoma)
Vom O.-Amt

7. Planen, Nutzungsregulieren, Mahnen
und Flächen für Mahnen zum Schutz,
zur Pflege und zur Entwicklung von
Natur und Landschaft
(§ 5 Abs. 2 Nr. 10 und Abs. 4, § 9 Abs. 1
Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)

Apflanzung von Bäumen

Apflanzung von Sträuchern

Erhaltung von Bäumen u. Sträuchern

Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen
von Bäumen, Sträuchern und sonstigen
Bepflanzungen

Umgrenzung von Flächen mit Bindungen
für die Erhaltung von Bäumen und
Sträuchern

Flächen zum Anpflanzen und Erhaltung
von Bäumen und Sträuchern

8. Sonstige Planzeichen

Leitungsrecht für Abwasser- u. Regenwasserkanal
zugunsten der Gemeinde Wallerfangen

Leitungsrecht der 20 KV-Freileitung
zugunsten der VSE

Leitungsrecht für Energieversorgungsstreifen
zugunsten der Telekom, VSE und Gemeinde
Wallerfangen

Höhenschichtlinie

best. Gebäude

best. Grundstücksgrenzen

gepl. Grundstücksgrenzen

Umgrenzung der Fläche für besondere
Anlagen und Vorrichtungen zum Schutz
vor natürlichen Umweltveränderungen im
Sinn des Bundesimmoerschutzesgesetzes

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

Dieser Bebauungsplan-Entwurf hat
mit der Begründung des § 9 Abs. 2
BauGB für das Jahr 1998 in der
der Zeit von 06.08.1998
entschieden. Der Entwurf ist
zu jenseits des Jahres 1998
BauGB.
Der Entwurf der Anlagen werden
in § 9 Abs. 2 BauGB mit dem
weist ausdrücklich bestimmt gemacht, daß
Anlagen und Vorrichtungen während der
Bauzeitfrist vorgebracht werden
sollen.
Wallerfangen, den 06.08.1998
Bürgermeister (Witt)

Der Gemeinderat Wallerfangen hat am
06.08.1998 den Bebauungsplan
gem. § 10 BauGB beschlossen
BESCHLOSSEN
Wallerfangen, den 06.08.1998
Bürgermeister (Witt)

Dieser Bebauungsplan wurde
mit Schreiben der Gemeinde
Wallerfangen
von 06.10.1998 mit der
des Entwurfs, dem Entwurf
und Verleih des § 11 Abs. 1
§ 10 BauGB

ANGEZEIGT
Eine Verletzung von Rechtsvorschriften wird hinsichtlich des
o.a. Bebauungsplanes (einschließlich der festgelegten
örtlichen Bauvorschriften) nicht geltend gemacht (§ 233 BauGB
in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.08.1987, BGBl. I
S. 2141, 1988 I S. 157 i.V.m. § 11 Abs. 3 Satz 1 BauGB in der
Fassung vom 12.08.1987 gefundene Fassung (a.F.) und § 93 Abs. 5
BauGB.
Saarlouis, den 14.10.1998, Az. 6430/98 Pitz
Minister für Umwelt, Energie u. Verkehr

ANGEZEIGT
Minister für Umwelt,
Energie u. Verkehr

Der Bebauungsplan ist am 12.
BauGB in der Fassung vom 06.08.1998
mit dem Entwurf der Anlagen, dem Entwurf
der öffentlichen Anlagen
des Bebauungsplanes mit
der Begründung.
Mit dieser Bekanntmachung tritt der
Bebauungsplan in

KRAFT
Wallerfangen, den 05.11.1998
Bürgermeister (Witt)

Hinweise zur Planung, die bei der Erschließung und Bebauung zu beachten sind:
1. Mit Schreiben vom 31.10.1996 hat das Ministerium des Innern mitgeteilt, daß im Pla-
nungsbereich mit Mängeln konfrontiert zu werden ist.
Das Innenministerium bittet die Gemeinde Wallerfangen zur Gefährdungsbewertung des
bestehenden Sach- und Raumzustands des Kampfbereichsbebauungsplans nach Erfassung
der bekannten Vorrichtungen zu.
2. Die Gemeinde Wallerfangen hat am 06.08.1998 den Bebauungsplan beschlossen. Der
Bebauungsplan ist am 12.10.1998 mit der Begründung des Entwurfs, dem Entwurf
und Verleih des § 11 Abs. 1 § 10 BauGB.
3. Die Deutsche Telekom hat am Schreiben vom 03.09.1996 gefordert, daß für die erfor-
derlichen Fernmeldeanlagen Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen minde-
stens 6 Monate vor Baubeginn schriftlich anzuzeigen sind.
Postanschrift: Carl-Zeiss-Straße 7a, 66740 Saarlouis

Gesetzliche Grundlagen

| Für die Verfahrensdurchführung und die Festsetzungen des Bebauungsplanes gelten u.a. folgende Gesetze und Verordnungen | |
|---|--|
| das Bauplanungs-Gesetz (BauPG) in der Fassung der Be- kannmachung vom 08. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2151), zuletzt geändert durch Artikel 24 des Gesetzes 1997 vom 20.12.1996 (BGBl. I S. 2419) | der § 12 des Kommunalverwaltungsverfahrens- gesetzes (KVV) in der Fassung vom 22. Juni 1994 (Gesetz des Saarlandes vom 16. August 1994, S. 1078), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes Nr. 131 der Kommunalverwaltung unter Landesbehörden (Komm.BG) vom 27. November 1996 (Amtsblatt des Saarlandes vom 09.12.1996 S.1717) sowie der Neu- fassung des Kommunalverwaltungsverfahrens- gesetzes (KVV) vom 27. Juni 1997 (Amtsblatt des Saarlandes vom 01. August 1997 S. 685) |
| das Mahdungsrecht zum Flurstück (BauGB) (Mahdungsrecht), Artikel des Gesetzes zur Erleich- terung der Wohnplanung im Planung- und Bau- bereich zur Änderung mehrerer Vorschriften (Wohnungsbaugesetzänderungsgesetz - WohnBAZG) in der Fassung der Bekanntmachung aufgrund des Art. 15 des Gesetzes zur Erleichterung von Investi- tionen und der Ausweisung und Bezeichnung von Wohnstandorten (Gesetzesänderungsgesetz - Wohn- BAZG) vom 25. April 1993 (BGBl. I S. 622), zuletzt geändert durch Artikel 6 des sechsten Gesetzes zur Änderung der Verwaltungsge- richtsordnung und anderer Gesetze (6. VerwGA) vom 01. November 1996 (BGBl. I S. 1630) | das Gesetz über den Naturschutz und Landschaftspflege (Naturschutzgesetz - PflanzG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. März 1987 (BGBl. I S. 489), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 06.08.1993 (BGBl. I S. 1438) |
| das Raumordnungsgesetz (RaumVO) in der Be- kannmachung der Fassung vom 27. Januar 1990 (BGBl. I S. 152), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bezeichnung von Wohnstandorten vom 25. April 1993 (BGBl. I S. 460) | das Gesetz über den Schutz der Natur und Pflege der Landschaft (Landschaftliche Verordnungs-VO) vom 19. März 1990 (Amtsblatt des Saarlandes 1993, S. 246), zuletzt geändert durch Beschluß vom 12. Mai 1991 (Amtsblatt des Saarlandes 1991, S. 482) |
| das Abgrenzungsgesetz (AbgG) in der Fassung der Bekannmachung der Fassung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 57) | das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umweltein- wirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Schad- stoffschutzgesetz - SchStG) in der Fassung der Bekannmachung vom 14. Mai 1990 (BGBl. I S. 560), lately geändert durch Gesetz vom 09.10.1996 (BGBl. I S. 1498) |
| das Baurechts- (BRG) für das Saarland vom 27. März 1996 (Amtsblatt des Saarlandes 1996, S. 477) | das Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) in der Fassung der Bekannmachung vom 23. September 1986 (BGBl. I S. 122), zuletzt geändert durch Artikel 52 zur Um- setzung der Richtlinie des Rates vom 27.06.1985 über die Umwandlung der Wasserversorgung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten vom 12.02.1989 (BGBl. I S. 30) |
| | das Waldgesetz für das Saarland in der Fassung vom 26.10.1977 (Amtsblatt des Saarlandes 1977, S. 3609) |

| DER LANDRAT DES LANDESKREISES SAARLOUIS UMWELTAMT KREISPLANUNGSGESCHÜTZT | | | |
|---|---------|---------|---------------|
| Gemeinde: WALLERFANGEN, Landratsbezirk: ST. BARBARA | | | |
| Bürgermeister: LEITKAUL | | | |
| Mitgliedschaft: | 1.500 | | |
| Landkreis: | JAK 95 | JUNGMAH | SABATULA, von |
| Beauftragter: | JAK 95 | JUNGMAH | 25.1.95 |
| Ausgangspunkt: | JUL 96 | | |
| Fälligkeit: | SEPT 97 | | |